



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Christoph Buser, FDP-Fraktion: Verstösse gegen die Nutzungsordnung für Räumlichkeiten durch die Universität Basel?**

Autor/in: [Christoph Buser](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 16. April 2015

Bemerkungen: Als dringlich eingereicht
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Am 24./25. April 2015 laden Multiwatch und das Soziologische Institut der Universität Basel zu einer internationalen Veranstaltung "Agro statt Business" ein, um "als Reaktion und Zeichen des Widerstands gegen die unheilige Allianz von Basel und Syngenta an der Weltausstellung in Mailand zu protestieren" - so heisst es auf den Websites der Veranstalter (<http://www.souverainete-alimentaire.ch> und <http://www.multiwatch.ch>).

Im § 3 Abs. 2 der Nutzungsordnung ist Folgendes festgehalten: "Nicht gestattet sind zudem (...) propagandistische Veranstaltungen mit einseitiger Darstellung der Thematik." Diese Art von Veranstaltung verstösst damit gemäss Nutzungsordnung klar gegen die Nutzungsbestimmungen für Raummieten an der Universität Basel. Als massgeblicher Beitragszahler bei der Universität Basel muss der Kanton Baselland ein grosses Interesse daran, dass die Uni-Räume für Veranstaltungen genutzt werden, welche die kritische Auseinandersetzung und Reflexion mit einem Thema ermöglichen - diesen Punkt schreibt sich die Universität Basel im Übrigen in ihrem Leitbild selbst auf die Fahne. Umso mehr überrascht es deshalb, dass man diesem offensichtlich einseitigen, wirtschaftsfeindlichen Anlass eine Plattform bieten will und diese sogar als Co-Veranstalter mitträgt.

Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Fraktion den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass solche Kampagnen-Veranstaltungen gegen Unternehmen dem Wirtschaftsraum Basel schaden?**
- 2. Teilt er die Meinung, dass diese Art Veranstaltung gegen die Nutzungsordnung der Universität verstösst und keine öffentlichen Räume dafür zur Verfügung gestellt werden dürfen?**
- 3. Wird die Regierung des Kantons Baselland als massgeblichem Beitragszahler bei der Universität sofort intervenieren und wenn ja, wie?**
- 4. Welche vorkehrenden Massnahmen wird die Regierung ergreifen, damit die Universität ihr eigenes Nutzungsreglement inskünftig einhält?**